

AL08CR33

AS (2008) CR 33
Provisorische Ausgabe

SITZUNGSPERIODE 2008

(4. Teil)

BERICHT

33. SITZUNG

Mittwoch, 1. Oktober 2008, 15.00 Uhr

REDEBEITRÄGE AUF DEUTSCH

**Doris BARNETT, Deutschland, SOC
(Doc. 11687)**

Vielen Dank! Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Die Finanzkrise ist gerade für uns Politiker bitter, haben wir doch durch enorme Anstrengungen in Strukturreformen in unseren Ländern dafür gesorgt, dass ein robuster Aufschwung der Wirtschaft erzielt werden konnte. Jetzt aber machen sich Unsicherheiten und Ängste bei den Menschen breit, und viele fragen sich, ob unser Finanzsystem kollabiert. Deshalb müssen wir uns schon mit der Frage beschäftigen, ob es richtig war, sich als Staat immer mehr aus dem wirtschaftlichen Geschehen zurückzuziehen, ob es richtig war, nach dem „laissez-faire“-Prinzip staatliche Regulierungen weitestmöglich zurückzufahren und stattdessen dem hemmungslosen freien Spiel der Marktkräfte den Weg zu ebnen. Darum werden wir auch nicht umhinkommen, umfangreichere Regulierungen des Finanzmarktes auf internationaler Ebene voranzutreiben.

Nächste Woche findet in Washington das nächste Finanzministertreffen statt. Wir können und müssen von diesem Treffen erwarten, dass jetzt endlich wirksame Maßnahmen vereinbart werden, die wir den Teilnehmern von hier aus zurufen sollten:

- Verbietet Leerverkäufe,
- führt ein internationales Kreditregister ein,
- vereinbart internationale Finanzmarktstandards, deren Einhaltung auch kontrolliert wird, z.B. vom IWF,
- sorgt für eine stärkere persönliche Haftung der verantwortlichen Finanzmarktakteure.

Wir müssen den Glauben der Bürger in ein gerechtes Finanzsystem wiederherstellen, in dem eben nicht die Risiken sozialisiert und die Gewinne privatisiert werden. Das heißt für mich dann aber wieder auch, dass wir uns es nicht länger leisten können, sog. Steueroasen zuzulassen. Oder wollen wir allen Ernstes unseren Leuten erklären, dass es fair ist, wenn Spekulanten, die Milliarden von anvertrauten Dollar, Euro und Rubel mit Luftbuchungen verzocken, aber die für sich selbst eingefahrenen Gewinne und oft exorbitanten Gehälter steuerfrei horten können, während der Arbeitnehmer mit seinen Steuergeldern für die verursachten Kosten von Herrn Krösus geradestehen muss? Wir müssen das Vertrauen der Menschen in die Fähigkeiten der Regierung, den Schutz der Bürger vor wirtschaftlichen und finanziellen Krisen zu gewährleisten, wiederherstellen.

Weitere Herausforderungen sind auch noch zu meistern. Die Doha-Runde muss ernsthaft fortgesetzt werden. Das heißt, wir werden unsere Märkte nicht länger abschotten dürfen, indem wir immer wieder neue Hürden aufbauen und Subventionen gewähren. Ansonsten werden wir erleben, dass die Antwort darauf mit den Füßen erfolgt. Wir können doch nicht annehmen, dass wir bei einer massiv wachsenden Weltbevölkerungen noch Vorschriften zu unseren Gunsten darüber machen können, wie der Waren- und Dienstleistungsverkehr auszusehen hat, und die anderen haben nicht mitzureden.

Deshalb ist es auch in unserem eigenen wohlverstandenen Interesse, wenn wir nicht nur Frieden und Demokratie bis in die letzte Ecke unserer Welt exportieren, sondern auch faire Handelspartnerschaften praktizieren und Bildungsanstrengungen in den Entwicklungsländern unterstützen, und sie auch an den Innovationen teilhaben lassen: Ohne das Mitwirken dieser Staaten bei einer Energiepolitik der Zukunft werden wir einen Rückschlag der internationalen Beziehungen erleben.

Der Energiehunger auf der einen Seite und die begrenzten und schnell aufgebrauchten Reserven auf der anderen werden uns zwingen, gemeinsam nach neuen Energiequellen zu forschen und sie zu entwickeln. Eine Energiepartnerschaft gerade mit Afrika und Asien kann uns helfen, nicht nur neue Energieressourcen zu erschließen, sondern auch die Umwelt nachhaltig zu schonen.

**Holger HAIBACH, Deutschland, EPP/CD / PPE/DC
(Doc. 11726 und Doc. 11728)**

Danke, Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Ich glaube, dass wir gerade in dieser Angelegenheit die Frage der Geschäftsordnung nicht von der inhaltlichen Frage trennen können. Natürlich ist es so, dass es wohl in jeder politischen Gruppe in diesem Hause Diskussionen darüber gegeben hat, was jetzt der richtige Weg sei - zu versuchen, die beiden Delegationen hier am Tisch zu behalten und sie mit Vorwürfen zu konfrontieren, oder aber ein sehr starkes Signal zu setzen, indem man die Beglaubigungsschreiben anzweifelt oder zumindest die Stimmrechte entzieht.

Wie auch immer man sich dabei entscheidet, eins ist auf jeden Fall richtig, und deswegen waren die Worte des Vorsitzenden des Geschäftsordnungsausschusses auch für uns entscheidend: Wir müssen uns an die Geschäftsordnung halten. Es gibt keine Möglichkeit, die Stimmrechte oder auch die Beglaubigungsschreiben sozusagen konditioniert zu bezweifeln; zu sagen „wenn das passiert, dann...“! Diese Möglichkeit existiert bei unserer Geschäftsordnung nicht. Man mag es bedauern, aber es ist nun einmal der Fall.

Gleichzeitig ist jedoch ebenfalls klar geworden, dass jederzeit die Möglichkeit besteht, durch einen neuen Antrag diese Diskussion wieder auf die Tagesordnung zu setzen. Auch besteht die Möglichkeit, da im Januar die Beglaubigungsschreiben aller Delegationen überprüft werden sollen, diese Frage dort noch einmal aufzurufen. Und drittens gibt es natürlich auch die Möglichkeit, für den Fall, dass wir sehen sollten, dass sich die Situation vor Ort extrem verschlechtert, zwischendurch zusammenzukommen, entweder im Rahmen des Standing Committees oder der Versammlung.

Wenn ich den Bericht des Monitoring-Ausschusses richtig verstehe, dann ist die Frage der Nichtbezweiflung oder der Bestätigung der Credentials der russischen Delegation zwar nicht eine Bedingung, aber eine klare Erwartung. Nämlich die Erwartung, dass das, was an Möglichkeiten zugesagt worden ist, auch getan werden kann. Das betrifft insbesondere die Zulassung der EU-Truppen, sowie die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen wie dem Europarat und der OSZE. Es wird erwartet, dass das eingehalten wird.

Und ich glaube schon, dass wir dann auch die Möglichkeit haben, die russische Delegation beim Wort zu nehmen, wie es auch von vorigen Sprechern gesagt worden ist. Wenn ich in einer deutschen Zeitung lese, wie das gestern der Fall war, dass es den EU-Friedenstruppen nicht erlaubt ist, unkonditionierten freien Zugang zu den sogenannten Pufferzonen zu haben, und wenn heute morgen der Sprecher der russischen sogenannten Friedenstruppen erklärt, diesen Zugang werde es auch in Zukunft nicht geben, dann ist das für uns eine Frage, bei der wir - vielleicht nicht heute, aber in Zukunft - überlegen müssen, wie wir damit umzugehen haben.

Wenn wir auf der einen Seite erklären, was wir erwarten, und auf der anderen Seite erklären, aus dieser Erwartung heraus erwachse für uns die Meinung, dass wir momentan die Beglaubigung nicht anzweifeln, dann werden wir in Zukunft handeln müssen. Das ist nicht nur notwendig für die Menschen vor Ort, sondern es ist auch eine Frage der Glaubwürdigkeit dieser Versammlung, die darin besteht, dass wir für Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit eintreten. Wenn wir diese Glaubwürdigkeit nicht verspielen wollen, dann werden wir, wenn sich die Situation nicht verbessert, eines Tages handeln müssen. Danke sehr.

Andreas GROSS, Schweiz, SOC
(Doc. 11726 und Doc. 11728, Antwort an Herrn Haibach)

(Erster Teil der Rede auf Englisch)

Sie haben das richtig verstanden, Herr Haibach: Wir haben Erwartungen. Wir haben aber auch Erwartungen an die Georgier. Sie sollten zum Beispiel aufhören, alle russischen Internetseiten zu sperren, denn diese Homogenisierung von Öffentlichkeiten, die keine Vorstellung davon haben, was der andere denkt, gehört zu dem Schlimmsten, was wir bei unserer Reise nach Moskau und nach Tbilissi erlebt haben. Man kann den anderen nur verstehen, wenn man weiß, was er denkt, auch wenn man nicht seine Meinung teilt.

Einfach die Informationskanäle des anderen abzustellen, entbindet einen vom eigenen Denken, denn man kann nur dann klüger werden, wenn man sich infrage stellen lässt, und es nimmt einem die Chance, den anderen zu verstehen, selbst wenn man seine Meinung nicht teilt. Das sollten wir auch den Georgiern sagen, denn sie leiden in dieser Beziehung genau unter dem gleichen Symptom und sind in Sachen autoritärer Vorstellung von Politik überhaupt in demselben Krankenhaus zu Hause, vielleicht nicht in der gleichen Abteilung, aber im gleichen Krankenhaus.

Guiorgui GABASHVILI, Georgien, EPP/CD / PPE/DC
(Doc. 11726 und Doc. 11728)

Danke, Herr Präsident!

Es ist äußerst zynisch, wenn unserer russischen Kollegen behaupten, das, was in Georgien geschehen ist, sei zum Schutz der eigenen Staatsbürger geschehen. Als die russischen Truppen in Abchasien einmarschierten, das 250 km von Südossetien entfernt ist, als die russische Luftwaffe Ziele in der Hauptstadt

Tbilissi traf, die ebenfalls sehr weit von der Konfliktregion entfernt liegt, wurde uns allen klar, dass dies eine vorausgeplante Aggression gegen die georgische Souveränität war.

Doch unser Ziel ist nicht die internationale Isolierung Russlands. Das ist kein Selbstziel für uns. Wir verfolgen hier nicht die Absicht, jemandem als Strafe die Beglaubigungsschreiben zu entziehen. Aber es ist sehr wichtig, uns für die Grundprinzipien der Sicherheit und friedlichen Ordnung in Europa zu erklären. Es kann sein, dass die sehr geehrten Mitglieder dieser Versammlung es für notwendig halten, sich etwas Zeit zu nehmen und auch Russland etwas Zeit zu geben. Teilweise kann man das verstehen, aber es ist auch sehr wichtig, in dieser Resolution deutlich zu sagen, welche Aktionen sie von Russland für erforderlich halten, um in dieser Periode in der Linie der europäischen Sicherheit zu bleiben.

Wir müssen ganz klar von Russland fordern, die eigenen Besatzungstruppen aus Georgien abzuziehen, die gesetzwidrige unilaterale Anerkennung der separatistischen Regime rückgängig zu machen, und damit die Legitimation der Folgen der ethnischen Säuberungen in Georgien abzulehnen. Das Waffenstillstandsabkommen ist einzuhalten, und die Notwendigkeit der neutralen internationalen Friedenstruppen im Konflikt muss anerkannt werden.

Wir bitten die Versammlungsmitglieder, die entsprechenden Änderungen der Resolution zu unterstützen. Das ist sehr wichtig für Georgien, aber auch für diese Versammlung und Russland. Es ist wichtig, damit jedes Land versteht, dass es im 21. Jahrhundert unmöglich ist, eine Argumentation mit Panzern zu führen und in seinen Nachbarländern Luftangriffe zu führen. Es ist unmöglich, unter den Bürgern von Nachbarländern illegal eigene Pässe zu verbreiten und danach diese Staatsbürger durch militärische Intervention zu schützen. Das gilt auch für Russland, und ich hoffe, dass die Mitglieder dieser Versammlung die nötigen Änderungen in dieser Resolution unterstützen.

Vielen Dank.

**Holger HAIBACH, Deutschland, EPP/CD / PPE/DC
(Doc. 11528)**

Herr Präsident,
meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich stehe hier in Vertretung für meinen Kollegen Jürgen Herrmann, der heute Abend nicht hier sein kann, weil sich die Tagesordnung der Versammlung in den letzten Tagen doch sehr stark verschoben hat und nicht damit zu rechnen war, dass heute dieser Punkt auf der Tagesordnung steht. Im Interesse der fortgeschrittenen Zeit will ich versuchen, mich einigermaßen kurz zu fassen und auf die wichtigsten Punkte des vorliegenden Berichts einzugehen.

Ich glaube, dass sich unser Ausschuss ausführlich dem Thema der Lage der nationalen Minderheiten in der Vojvodina und der rumänischstämmigen ethnischen Minderheiten in Serbien gewidmet hat. Ich glaube auch, dass die Frage der Minderheiten nicht nur in diesen Gegenden, nicht nur in Serbien insgesamt, nicht nur im Balkan, sondern durchaus in ganz Europa zu Recht immer wieder zu Diskussionen geführt hat. Insofern ist es wichtig, sich mit diesen Dingen intensiv und im Einzelnen vor Ort zu befassen.

Dafür hat der Berichterstatter zwei Reisen in die Region unternommen, und darüber hinaus wurde auch im Unterausschuss des Rechtsausschusses für die Fragen der Minderheiten eine Anhörung mit entsprechenden Experten durchgeführt. Auf der anderen Seite müssen bzw. dürfen wir auch feststellen, dass natürlich durch kulturelle Vielfalt, die durch verschiedene Minderheiten in eine Gesellschaft hineinkommt, ein Gewinn für diese Gesellschaft existiert. Das sollten wir an dieser Stelle auch nicht unterschätzen.

Der Bericht kommt auf der einen Seite zu dem Schluss, dass sich die Situation der Minderheiten in der Vojvodina verbessert hat. Auf der anderen Seite stellt der Bericht aber auch mit Bedauern fest, dass die serbischen Behörden nicht schnell genug auf die Zwischenfälle mit ethnischem Hintergrund reagiert haben, die die Region im Jahr 2004 betrafen. Um das zu verhindern, werden entsprechende Maßnahmen vorgeschlagen.

Es wird positiv festgestellt, dass sich insbesondere im Bereich der Gesetzgebung sehr viel zum Besseren verändert hat, dass die Frage der Implementierung aber noch einiges nachdrücklichen Handelns bedarf. Es wird auch festgestellt, dass die Situation der ethnischen Minderheiten je nach Region unterschiedlich ist.

Hinsichtlich der Diskussion der Frage um die walachischen und die rumänischen Minderheiten möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass der Grundsatz, der in Artikel 3 des Rahmenübereinkommens zum Schutz nationaler Minderheiten festgehalten ist, an dieser Stelle gilt, und ich möchte ihn hier noch einmal zitieren: „Jede Person, die einer nationalen Minderheit angehört, hat das Recht, frei zu entscheiden, ob sie als solche behandelt werden möchte oder nicht.“ Warum das so wichtig ist, werden wir im Laufe der Debatte noch sehen.

Insgesamt kommt der Berichterstatter zu folgenden Feststellungen: Er stellt mit Zufriedenheit fest, dass die Gesetzgebung auf einem guten Weg ist, dass zum Einen aber die Implementierung an einigen Stellen noch zu wünschen übrig lässt, es andererseits bei einigen Gesetzen noch an eindeutigen und klaren Durchführungsbestimmungen mangelt, und dass es drittens offensichtlich einige Dinge gibt, die sich im Bereich der sozialen und kulturellen Rechte bewegen, wie die Fragen des Gottesdienstes, des Unterrichts und der Medienberichterstattung, die noch einer weiteren Klärung bedürfen. Das bedeutet natürlich nicht, dass der Staat sich in innere Angelegenheiten von Kirchen einmischen soll, aber er muss dafür sorgen, dass im Sinne der Menschenrechte eine Umgebung existiert, in der Menschen ihre Religion frei ausüben können. Das gehört sicherlich zu unseren wichtigsten Prinzipien.

Wie bereits festgestellt, trägt die gesamte Balkanregion schwer an dem Erbe langer Jahre diktatorischer Herrschaft und kriegerischer Auseinandersetzungen. Dass diese Dinge nicht in kurzen Zeiträumen zu überwinden sind, ist vollkommen klar, aber es bedarf eben des wichtigen Ansatzes, dies zu tun.

Ich will in diesem Zusammenhang nur abschließend feststellen, dass die Empfehlungen, die heute gemacht werden – obwohl sie sich natürlich intensiv mit den Fragen der Vojvodina und Serbiens beschäftigen – nicht nur an Serbien gerichtet sind, sondern an alle Staaten, in denen mehrere ethnische Minderheiten mit einer Mehrheit zusammenleben müssen. Es ist insgesamt notwendig, dort die notwendigen gesetzgeberischen Maßnahmen, aber auch die Implementierung voranzubringen. Ich glaube, dass die Rahmenkonvention des Europarats zum Schutz der nationalen Minderheiten eine entscheidende Rolle in diesem Zusammenhang spielt.

In diesem Sinne kann ich Sie nur recht herzlich bitten, diesen Bericht anzunehmen.

Herzlichen Dank.

**Herta DÄUBLER-GMELIN, Deutschland, SOC
(Doc. 11528)**

Herr Präsident,
liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich mache das deshalb deutlich, weil ich auf der einen Seite sehr stark unterstützen will, was Herr Haibach gerade gesagt hat, und zum anderen, weil ich ausführen will, dass wir den vorzüglichen Bericht von Herrn Herrmann in unserem Komitee mehrfach besprochen haben, dass wir über sehr viele Amendments beraten und abgestimmt haben, und weil ich glaube, dass der Bericht, so wie er heute mit Amendments hier diskutiert wird, in der Tat einen Blick in die Zukunft und eine Verbesserung für die Zukunft ermöglicht.

Aber vor allen Dingen habe ich mich auch deshalb gemeldet, weil ich es außerordentlich dankenswert finde, und das ausdrücklich im Namen des Komitees auch sagen will, dass Herr Haibach in einer so schwierigen Situation zwei ganze Tage in die Arbeit gesteckt hat, um hier zusammen mit den unterschiedlichen Meinungen zu einem vernünftigen Ergebnis zu kommen. Ich glaube, das ist bemerkenswert und sollte erwähnt werden.

Herzlichen Dank.

AL08CR34

AS (2008) CR 34
Provisorische Ausgabe

SITZUNGSPERIODE 2008

(4. Teil)

BERICHT

34. SITZUNG

Donnerstag, 2. Oktober 2008, 10.00 Uhr

REDEBEITRÄGE AUF DEUTSCH

Andreas GROSS, Schweiz, SOC
(Doc. 11724, Dringlichkeitsdebatte)

Danke Herr Präsident,
Meine Damen und Herren,

Die Sozialdemokraten möchten Luc Van den Brande und Mátyás Eörsi danken, dass sie einen Bericht erstellt haben, von dem wir den Eindruck haben, dass er in seiner großen Mehrheit ausgeglichen ist. Sie haben eine Sprache gefunden, die es uns erlaubt zu begreifen, was passiert ist, wieso auch wir versagt haben, was jetzt im Interesse derjenigen zu tun ist, die am meisten leiden und was auch im Hinblick darauf gelernt werden könnte, dass sich das Geschehene nicht wiederholt. Das ist die größte Herausforderung, vor der wir stehen.

Wir, die Sozialdemokraten, glauben, dass es ihnen besser gelungen ist als einigen Fraktionen und Kommissionen. Ich habe zum Beispiel beim Begräbnis von Lord Russell-Johnston in Inverness gelernt, dass er Liberalität so definiert hat, dass es immer darum geht, nicht einfach zwischen zwei Polen Partei zu ergreifen, sondern einen dritten Weg zu suchen, in dem sich beide Parteien wieder erkennen können.

Das ist genau das, was wir heute tun sollten. Um es einfach zu sagen: Wir sollten nicht den Krieg wiederholen, indem wir hier als Fanclub einer der beiden Parteien auftreten. Sondern wir sollten lernen, durch die Augen der anderen zu sehen, uns sozusagen selber durch die Augen der anderen anzuschauen. Und so können wir lernen, was wir selber und was die Kriegsparteien vielleicht falsch gemacht haben. Wenn das die anderen noch nicht tun, weil es zu kurzfristig ist, weil es Zeit braucht, Gelassenheit zu finden, dann sollten wenigstens wir das tun.

Wir sollten also nicht einem Mitgliedsstaat unterstellen, dass er gerne Krieg führe, Frau Ojulang. Ich verstehe, dass Sie aus Ihrer sowjetischen Zeit geprägt sind, aber nehmen Sie doch zum Beispiel Herrn

Mandela zum Vorbild. Er saß 26 Jahre im Gefängnis und hat trotzdem keine Rachegefühle gehabt, als er befreit wurde, sondern hat mit denjenigen, die ihn ins Gefängnis geworfen haben versucht, eine Zukunft für sein Land zu finden. Das müssten wir heute für Europa tun und das können wir nicht tun, indem wir Russland unterstellen, es führe gerne Krieg.

Es gibt hier bei uns Kollegen, die genauso wie wir ein Russland wollen, das nicht mehr imperial ist, das eine Großmacht ist, aber eine Macht wie wir auch, die, wie irgendein anderes Land keine Ansprüche auf die Nachbarn hat. Das widerspricht dem Vorschlag 45 von Herrn Pourgourides. Herr Pourgourides: Ich finde es unverantwortlich, dass das Legal Affairs Committee einen Antrag bringt, der die Entscheidung von gestern infrage stellt, den Dialog verhindert, indem sie heute etwas verlangt, das dazu führen wird, dass die russische Delegation im Januar nicht mehr kommen wird.

Deshalb bitte ich Sie im Namen der Sozialdemokraten, den Antrag 45 abzulehnen. Es wäre für unseren Europarat tödlich, wenn wir jetzt schon alles tun, damit Russland nicht mehr kommt, denn dadurch verlieren wir unsere beste Chance, um Frieden mit und nicht gegen Russland aufzubauen. Das wäre eine Illusion und keine Utopie.

**Fritz NEUGEBAUER, Österreich, EPP/CD / PPE/DC
(Dringlichkeitsdebatte, Doc. 11724)**

Danke!

Herr Milo ist abwesend und hat Herrn Vrettos gebeten, seine Rede für ihn zu halten. Das ist vom Präsidium akzeptiert worden. Als nächste kommt Frau Pourbaix-Lundin, Schweden.

(Interventionen anderer Sprecher auf Englisch)

Bitte.

AL08CR36

AS (2008) CR 36
Provisorische Ausgabe

SITZUNGSPERIODE 2008

(4. Teil)

BERICHT

36. SITZUNG

Freitag, 3. Oktober 2008, 10.00 Uhr

REDEBEITRÄGE AUF DEUTSCH

Wolfgang WODARG, Deutschland, SOC
(Doc. 11683)

Sehr geehrter Präsident,
Meine lieben Kolleginnen und Kollegen,

Wir wollen uns heute über die Rolle der Medien in der Demokratie unterhalten und einen Beschluss fassen, um die Funktion der Medien in der Demokratie zu verbessern, damit wir nicht dauernd und immer wieder Diskussionen über Länder halten müssen, wo wir hinterher feststellen, dass die Journalisten dort drangsaliert oder sogar getötet worden sind, dass der Zugang zu den Medien nicht stimmt.

Wir haben sehr viel Zeit für diese Diskussionen verwendet, die schon zu spät waren. Dieser Bericht soll versuchen, ein Instrument für die Parlamentarische Versammlung, aber auch für die nationalen Parlamente zu schaffen, dass sie rechtzeitig eine Diskussion mit allen Staaten, mit allen Mitgliedsländern haben, die darauf achtet und die Instrumente vorbereitet und nutzt, damit diese wichtige Funktion, die Funktion der Medien für die Menschen in einem Land funktioniert.

Menschen organisieren sich auf allen Ebenen, sie machen das in Gemeinden, in Regionen, in Staaten und international. Es ist einfach, alles zu wissen, was in der Nachbarschaft passiert: Man kann selbst hingehen, kann sich informieren und dann entscheiden, was zu tun ist. Das wird schon schwieriger in einer großen Stadt oder in einer Region: Dort ist man auf das angewiesen, was kolportiert wird. Wir brauchen Mittel, um die Informationen erhalten zu können, die wir als Demokraten, als Menschen, die an einer Gesellschaft teilhaben wollen, für eine richtige Entscheidung benötigen. Diese Mittel, diese Medien, müssen das wiedergeben, was an Vielfalt von Meinungen, von Informationen da ist, damit wir richtig entscheiden können.

Eine Demokratie kann nicht funktionieren, wenn die Demokraten nicht wissen, was los ist. Hinsichtlich dieser Basisfunktion müssen wir uns fragen, woran wir erkennen können, dass sie funktioniert. Welche Hinweise haben wir und worauf müssen wir achten, damit es klappt, damit wir die Informationen erhalten, die wir benötigen? Es sind in diesem Bericht zahlreiche Fragen aufgelistet, die wichtig wären, um hier weiterzukommen. Erstens: Gibt es überhaupt nationale Regeln für Medien? Werden diese Regeln auch durchgesetzt oder stehen sie nur auf dem Papier?

Wie ist es mit den Regierungen: Werden sie besser geschützt als normale Bürger, wenn es um Information geht? Gibt es hier Geheimhaltungsmöglichkeiten oder sind sie genauso offen für die Journalisten wie andere Menschen auch?

Gibt es Strafgesetze, die Informationen verbieten, zum Beispiel unter dem Vorwand von Volksverhetzung, wie wir das schon erlebt haben? Wie oft werden diese Gesetze angewandt?

Können die Medien in allen Sprachen berichten, oder sind sie auf einige wenige Sprachen beschränkt? In vielen unserer Mitgliedsländer sprechen die Menschen unterschiedliche, mehrere Sprachen.

Haben die politischen Parteien und Kandidaten einen gleichen und fairen Zugang zu den Medien? Das ist besonders in Wahlzeiten sehr wichtig.

Werden die Medien häufig vor Gericht gebracht, werden Sie in den Staaten durch Prozesse drangsaliert?

Gibt es eine Beschränkung für die Ausübung des journalistischen Berufes? Werden verschärfte Kriterien angewandt, werden nur bestimmte Schulen oder nur akademische ausgebildete Journalisten zugelassen? Oder werden Einreisevisen für ausländische Journalisten nicht erteilt? Gibt es hier Beschränkungen?

Was ist mit der Vertraulichkeit der Quellen der Journalisten: Wenn ein Journalist etwas erfährt, ein Whistleblower zu ihm kommt, muss er das dann offenbaren oder darf er, wie wir es wollen und wie es zu unseren Statuten gehört, darüber schweigen, von wem er diese Informationen hat, um den Informanten zu schützen?

Gibt es exklusive Berichterstattungsrechte? Wir wissen, dass die Medienrechte heutzutage verkauft und gehandelt werden. Auch das kann zu Verzerrungen führen.

Wie ist die wirtschaftliche Lage der Journalisten: Erhalten sie Arbeitsverträge oder werden sie wirtschaftlich unter Druck gesetzt, wenn sie nicht das Richtige berichten?

Wie ist es mit der redaktionellen Eigenständigkeit, mit der Unabhängigkeit von Herausgebern gegenüber den Eigentümern der Medien: Gibt es dort Kodizes, Verträge oder Garantien für die Journalisten, dass sie frei arbeiten können und nicht dauernd von den Eigentümern gezwungen werden, bestimmte Dinge zu unterdrücken oder bestimmte Aussagen zu machen?

Werden Journalisten geschützt, wenn sie sich exponieren, wenn sie mutig die Wahrheit sagen? Können sie zum Beispiel die Polizei zu ihrem Schutz in Anspruch nehmen oder sind sie dann wehrlos in einer Bevölkerung dem Druck ausgesetzt, der auf sie zukommen kann?

Wie ist es mit staatlichen Subventionen: Werden sie gerecht verteilt oder gibt es Staaten, die bestimmte Medien sehr stark finanziell fördern und andere verhungern lassen?

Wie ist es mit öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten: Gibt es dort eine neutrale Aufsicht, die darüber wacht, dass hier die Medienvielfalt gewährleistet ist und dass der Zugang gerecht ist?

Wie ist es mit Regierungsmitgliedern: Haben sie Einfluss oder gehören Ihnen vielleicht sogar Medien? Haben sie ihre eigenen Medien, nehmen sie starken Einfluss? Wir haben in diesem Haus schon Berichte darüber erhalten, dass es in einigen Staaten Europas entsprechende Probleme gab.

Sind die Regierungen, Parlamente und Gerichte offen für die Journalisten? Können sie Akteneinsicht nehmen? Können sie alles erfragen bzw. erfahren sie alles von diesen Institutionen? Oder werden Datenschutz- und Geheimhaltungsgesetze als Vorwand benutzt, um Informationen zurückzuhalten und zu unterdrücken?

Werden selbstregulierende Mechanismen bei den Journalisten gefördert? Gibt es zum Beispiel Kodizes unter den Journalisten, die veröffentlicht werden, und werden diese von den Gerichten in den Mitgliedsländern anerkannt?

Gibt es schließlich nationale Mechanismen, Monitoringmechanismen? Machen wir uns in unseren nationalen Parlamenten regelmäßig ein Bild davon, ob die Medien auf regionaler bzw. auf staatlicher Ebene funktionieren, ob sie diesen Prinzipien entsprechend funktionieren oder nicht, oder sind wir blind dafür, ist das ein Tabu-Thema?

Das sind alles Fragen, die wir aufwerfen wollen. Wir wollen, dass die Regierungen sich mit dieser Thematik auseinandersetzen, dass wir einerseits auf nationaler Ebene in den Parlamenten diskutieren, aber dass die Regierungen ein Instrument entwickeln, mit dem wir dann in der Lage sind, regelmäßig alle Mitgliedsländer des Europarates zu bewerten und anzuschauen, in welchem Land es sehr gut klappt, wir eine Best-Practice haben und wo es überhaupt noch nicht klappt. Dass wir zum Beispiel eine Rangfolge machen, eine Benotung der Länder in Bezug auf die Funktion der Medien für die Demokratie.

Dieses ist ein Kriterienkatalog, der weiterentwickelt werden muss. Ich fordere deshalb die Regierungen der Mitgliedsländer auf, daran weiterzuarbeiten und uns eine Art „Medien-Pisa“ zu entwickeln, damit die Diskussion in den Ländern des Europarates am Leben erhalten wird, damit wir bewusst sind, weiterdiskutieren und dafür kämpfen, dass die Medien ihre Funktion für die Menschen in unseren Ländern erfüllen können.

Ich hoffe, dass das geschieht, dass Sie dem zustimmen und dass Sie sich in Ihren nationalen Parlamenten hierfür einsetzen. Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

**Andreas GROSS, Schweiz, SOC
(Doc. 11683)**

Vielen Dank, Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Ich glaube, es ist wichtig, zuerst Herrn Fedorov zu beruhigen, obwohl er jetzt nicht mehr hier ist. Es ist falsch, in Moskau zu denken, alle westlichen Medien hätten falsch informiert. Ich war bei dem Begräbnis von Lord Russell-Johnston in Schottland und habe dort die zwei besten englischen Zeitungen gelesen: Guardian und Independent. Sie haben ganz genau das geschrieben, was Herr Fedorov für richtig hält, ebenso wie die beiden wichtigsten Zeitungen in der Schweiz.

Es ist vielleicht eher das Problem in Moskau, dass man den Bürgerinnen und Bürgern Russlands ein Bild des Westens verschafft, das den Pluralismus, der im Westen herrscht, nicht wiedergibt, und so ein gefühltes Belagertsein in Russland hervorruft, das dann politische Probleme mit sich zieht. Es gab in Westeuropa Zeitungen und Fernsehsender, die genau richtig informiert haben. Auch die Russen sollten den Westen nicht auf z.B. CNN oder Fox TV reduzieren.

Ich wollte mich aber eigentlich auf den Medienbericht konzentrieren und Herrn Wodarg für diese Anstrengung sehr danken. Ich glaube, man sollte die Checkliste, die Fragen im Paragraphen 55, die dann in den Punkt 8.6 eingegangen sind, dem Monitoring Committee geben, und in jedem Monitoring-Bericht jedes Landes sollten diese Fragen beantwortet werden. So kommen wir sozusagen dem Problem der Demokratieschaffung auf die Spur, denn ohne offene pluralistische Wege gibt es keine Demokratieentwicklung.

Doch diese Frage muss nicht nur die neuen Demokratien beschäftigen! Mir hat sehr gefallen, dass Herr Béteille gesagt hat, in Frankreich sei der Pluralismus sozusagen ein Verfassungsauftrag, ein „droit constitutionnel“, was ich nicht wusste. Wenn man das ernst nimmt, z.B. auch bei uns, in der Schweiz, dann würden viele Realitäten, Medienwirklichkeiten diesem Verfassungsauftrag nicht gerecht werden.

Auf der nationalen Ebene gibt es vielleicht noch eine Pluralität, aber auf der lokalen und regionalen Ebene, wo in einer dezentralisierten Demokratie viel Macht ist, und wo auch z.B. die Wahlkreise sind, in denen wir gewählt werden, gibt es oft keine pluralen Informationen mehr, weil ein Medienkonzern oft das Radio, das Fernsehen und die Zeitung besitzt, und gleichzeitig kein anderer in diesen Markt eindringen kann.

Es gibt daher ein Marktversagen; es gibt deshalb nicht mehr sozusagen „marktverschaffte“ Demokratien, nicht mehr die Instrumente, die das Funktionieren der Demokratie zur Voraussetzung hätte. Das heißt also, die Medien sind heute in erster Linie ein Geschäft geworden und keine Dienstleistung mehr an der Aufklärung oder der Qualität der Demokratie. Jetzt stellt sich die Frage, wie der Staat auf dieses Marktversagen reagieren kann. Denn wenn der Markt, die Wirtschaft, die Voraussetzung für die Demokratie, nicht mehr reicht, und wenn wir die Demokratie schützen und bewahren wollen, müssen wir etwas tun.

Im Fernseh- und Radiobereich sind die Antwort die öffentlichen Anstalten. Im letzten Jahrhundert hatten wir das mit dem großen Vorbild der BBC, aber bei den Zeitungen ist das Problem noch nicht gelöst. Und die Zeitungen sind für die Politik manchmal doch wichtiger, weil sie detaillierter und fundierter auf das Tagesgeschehen und auf die Grundsätze eingehen. Jetzt stellt sich die Frage: Was macht der Staat, wenn es in wesentlichen politischen Machträumen keine pluralistischen Zeitungen mehr gibt?

Auch darum geht es teilweise in dem Bericht. Da muss man etwas tun und unabhängig und neutral sein, aber es ist nicht ausreichend. Meines Erachtens ist es heute in westlichen Demokratien das große Problem, dass es diesen Pluralismus im Zeitungsbereich, auf lokaler und regionaler Ebene nicht mehr gibt, und dass dort Machtmonopole entstanden sind, die ungesund sind für die Ausübung der Macht, nicht nur für spezielle Interessen, sondern im Interesse der Menschen. Es stellt sich die Frage, wie man die Idee des öffentlichen Fernsehens und Radios auf die Zeitungen übertragen könnte. Vielleicht könnte man da von Schweden lernen, weil dort in jeder Stadt zwei Zeitungen existieren müssen, und wenn der Markt es nicht schafft, ist der Staat bereit, zu helfen. Vielen Dank

**Wolfgang WODARG, Deutschland, SOC
(Doc. 11683)**

Vielen Dank, Herr Präsident!

Vielen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen, für das interessante und sehr positive Feedback für die Forderungen, die in dem Bericht enthalten sind.

Ich möchte auf zwei Punkte eingehen: Erstens darauf, dass wir in der Tat eine gespaltene Medienlandschaft haben. Wir haben auf der einen Seite in vielen - nicht in allen - Mitgliedsländern staatliche Funkkanäle, d.h. es gibt öffentlich-rechtliches Fernsehen und öffentlich-rechtlichen Rundfunk. In einigen Ländern ist es so, dass die Medienanstalten von großen Konzernen, teils sogar aus dem Ausland, gekauft sind. Das heißt, dass es in einigen Mitgliedsländern gar kein eigenes Engagement und keine eigene Möglichkeit mehr gibt, hier zu gestalten und Kontrolle auszuüben.

Die Diskussion in den Parlamenten ist natürlich möglich, aber es gibt keine Instrumente mehr, Einfluss zu nehmen, damit die Informationen für alle Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung gestellt werden. Von daher ist die Lage in den Mitgliedsländern sehr unterschiedlich und wir sollten hier in der Tat ein Monitoring etablieren. Best-Practice sollten wir hervorheben, gute Beispiele nennen, wie das von Schweden, das eben durch Herrn Gross genannt wurde, und es sollte auch mit dem Finger auf andere Staaten gezeigt werden, die nachzuholen haben.

Denn wir wollen Demokratien sein, und – darüber sind wir uns einig – eine Demokratie braucht für die Bürger Information, und diese muss vielfältig sein. Wir haben den Markt. Der Markt benutzt Medien, um Geschäfte zu machen. Dafür ist der Markt da, der Markt will Geld verdienen. Das ist seine Funktion, und Gesellschaften können den Markt nutzen, weil die dabei entwickelten Kräfte sehr produktiv sind. Nur wenn es um Medien, um wichtige Informationen geht, hat der Markt eigene Interessen.

Er verkauft Dinge, die sich gut verkaufen lassen, und das ist der Grund, warum wir in den Fernsehsendern Dinge haben, die süchtig machen: Gewalt macht süchtig, Sex macht süchtig. Das sind alles Dinge, die gezeigt werden, weil die Menschen nicht wegschauen können, weil sie gebannt hinschauen, wenn andere Menschen umgebracht, gefoltert und gequält werden. Das sind Dinge, mit denen man Einschaltquoten erreichen, Leute am Bildschirm fesseln kann.

Es ist eine Katastrophe, dass 10-jährige Kinder in meinem Land, in Deutschland, im Durchschnitt 4-5 Stunden vor dem Fernseher sitzen, jeden Tag. Immobilisiert starren sie auf diese Glotze, auf diese eine Fläche, und werden dort mit Inhalten gefüttert, die mit ihrem täglichen Leben oft wenig zu tun haben, die ihnen nichts bringen, die keine Fertigkeiten erzeugen, die sie krank machen. Das macht der Markt, nicht das öffentlich-rechtliche Fernsehen, sondern das sind die, die über diese Kanäle Drogen verkaufen wollen.

Ich denke schon, dass wir das in unseren Parlamenten zur Sprache bringen, sowie Verantwortung für unsere Jugend übernehmen und uns überlegen müssen, was wir tun können, um unsere Jugend vor dieser Verbiegung, vor dieser Verzerrung in ihrer Wahrnehmung zu schützen. Das ist eine wichtige Aufgabe und gehört mit in die Debatte, auch wenn es etwas anderes ist, als das, was hier in diesem Bericht direkt fokussiert wird, wo es um Demokratien und die nötigen Informationen für die Menschen geht, die in der Politik entscheiden wollen und müssen.

Ich bin auch sehr beunruhigt darüber, dass es sich in vielen Regionen für eine Vielfalt von Printmedien nicht mehr lohnt, präsent zu sein. Es gibt in der Tat überall Monopole – ich beobachte das in Deutschland genauso. Es gibt den Regionen – und meine Kollegen aus dem Parlament sagen das genauso wie ich das beobachte – nur noch eine einzige Zeitung sowie Werbeblätter, die verteilt werden. Das ist alles. Diese eine Zeitung hat das Monopol und wenn sie Einfluss nimmt, wenn hier journalistisch einseitig berichtet wird, dann haben die, die nicht im Fokus dieser Zeitung stehen, wenig Chancen, dann geht es ungerecht zu.

Bei uns gibt es eine Bürgerinitiative, die in einer Stadt – in Flensburg, woher ich komme – eine eigene Zeitung gemacht hat und sie regelmäßig vor der Wahl an jeden Haushalt verteilt. Sie hat alle anderen Parteien in den Schatten gestellt, denn die Bürger konnten endlich einmal etwas anderes lesen. Sie haben es begierig aufgenommen, dass dort die Dinge endlich aus einer anderen Perspektive betrachtet wurden. Das war sehr erfrischend und eine große Lehre für alle etablierten Parteien, besonders diejenigen, die denken, dass sie mit dieser monopolistischen Zeitung, die sonst die ganze Region bedient, auskommen.

Hier ist schon etwas zu tun und ich freue mich sehr über dieses Beispiel von Schweden, wo der Staat dafür sorgt, dass Vielfalt möglich ist und gefördert wird, auch auf regionaler Ebene, dort, wo die Demokratie entsteht, wo man Demokratie lernt.

Herzlichen Dank für die guten Beispiele. Ich hoffe, dass unsere Regierungen diesen Bericht ernst nehmen und sich an die Arbeit machen, damit wir dieses Thema auch in Zukunft weiter diskutieren können. Vielen Dank.